

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wilfenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf 2c.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. — Die Abnehmer erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6spaltige Korpuszeile ober deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2spaltige Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 26. Fernsprecher Nr. 151. Sonnabend, den 1. Februar 1913. Geschäftsstelle Bahnstraße 3. 40 Jahrgang

## Städtischer Fischmarkt im Rathaus für alle hiesigen Einwohner

Sonnabend, den 1. Februar 1913,

von vorm. 8 Uhr ab. Es werden verkauft: Heringe, Pfd. 17 Pfg., Seeaal, Seelachs und Kabeljau, jedes Pfd. 25 Pfg.

Der am 1. Februar 1913 fällige 1. Termin Grundsteuer ist spätestens bis zum 13. Februar 1913

bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist vorzunehmenden Zwangsmittel an die hiesige Ortssteuereinnahme, Zimmer Nr. 1, abzuführen.

Gersdorf (Bez. Ctg.), am 30. Jan. 1913.

Der Gemeindevorstand.

## Krieg oder Frieden?

Die Antwort auf die Note der Großmächte wurde von der türkischen Regierung am Donnerstag mit Seelenruhe abgegeben, obwohl die Balkanbelegierten am Tage zuvor ganz offiziell den Abbruch der Londoner Friedensverhandlungen bekannt gemacht und das bulgarische Hauptquartier die Kündigung des Waffenstillstandes für den Montag der neuen Woche mitgeteilt hatte.

Die vom Großwesir dem Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel, dem österreichischen Botschafter Markgrafen Pallavicini, überreichte Antwort erklärt Konstantinopeler Meldungen zufolge: Die Türkei kann Adrianopel nicht abtreten; sie kann nur vom Nordteil Adrianopels etwas mehr gewähren. Die vier vor dem Dardanelleneingang gelegenen Inseln müssen unbedingt türkisch bleiben. Die übrigen Inseln der Ägäis könnten dagegen die Selbständigkeit erhalten, wie z. B. die Insel Samos. Die Note betont, daß die Türkei für den Frieden sei, diesen aber unter keinen anderen Bedingungen als den vorstehend aufgezählten abschließen könnte. Es sei das die letzte und endgültige Antwort der Türkei.

Das unerwartete Entgegenkommen der türkischen Antwort wird auch in anderen Meldungen darüber hervorgehoben. So in einer Draltung, die der Berliner Direktion der Deutschen Orientbank zugeht und in einer halbamtlichen Depesche. In der letzteren wird noch hervorgehoben, daß die Türkei nur diejenigen Teile Adrianopels behalten wolle, in denen die heiligen Orte der Mohamedaner liegen. Das rechte Ufer der Adrianopel schneidenden und in das Ägäische Meer mündenden Mariza ist sie bereit abzutreten, und das Schicksal der übrigen Ägäisinseln in die Hand der Großmächte zu legen. Die Antwort nimmt Kenntnis von der Zusage der Mächte, sie in der Entwicklung des Landes zu unterstützen. Zum Schluß kommt sie noch einmal auf die religiösen und historischen Gründe zurück, die die Türkei zwingen, den Teil von Adrianopel zu behalten, welche die den Muslimen heiligen Orte enthält. Jedoch erklärt sie sich bereit, die Befestigungen von Adrianopel zu schließen.

Auf der türkischen Botschaft in Berlin wird erklärt, daß die Antwort zu dem vom englischen Minister des Auswärtigen Gresh gemachten Vorschlage einer Neutralisierung Adrianopels mit bulgarischer und türkischer Verwaltung zurückkehre. Eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ist zunächst nicht zu erwarten. Die türkische Regierung hat wohl Kenntnis von dem Abbruch der Londoner Friedensverhandlungen durch die Balkanbelegierten, nicht aber auch von der Kündigung des Waffenstillstandes durch Bulgarien erlassen.

Die am 17. Januar in Konstantinopel überreichte Note der Großmächte hatte die vollständige Abtretung Adrianopels und die Entscheidung über das Schicksal sämtlicher Ägäisinseln durch die Mächte gefordert. Die Antwort der türkischen Regierung, die auch von dem Minister des Auswärtigen in dem verstorbenen Kabinett Riamil, Koradunghan, gebilligt worden war, deutet sich, wie man sieht, mit den Forderungen Europas nicht völlig, kommt ihnen aber so nahe, daß man in ihr die Grundlage erneuter Verhandlungen erblicken kann, die allerdings von der Türkei nicht mit den Balkanbelegierten, sondern mit

den Vertretern der Großmächte geführt werden würden. Die der Türkei weniger wohl gesinnten Mächte der Triple-ente werden vielleicht schon deshalb mehr Neigung zur Beachtung des guten Willens der Türkei haben, weil sie aus den ebenso zeitgemäßen wie bestimmten Erklärungen deutscher Staatsmänner erkennen mußten, daß für sie in der asiatischen Türkei, in Anadolien, die Trauben doch zu hoch hängen.

Das jungtürkische Komitee verkennt die Lage, wenn es in einem hochtönenenden Aufruf die Wahrung des heiligen Erbes der Vorfahren und die Aufrechterhaltung der unbeschränkten türkischen Souveränität über Adrianopel und die Ägäisinseln fordert. Das wäre der Krieg, der für die Balkanverbündeten eine schwere Last, für die Türkei aber das nationale Ende sein würde.

Die Aussichten der Türkei würden für den Fall des Wiederaufbruchs der Feindseligkeiten recht ungünstig sein. Abgesehen davon, daß innerhalb der Tschataldscha-Armee blutige Konflikte wegen der Ermordung Rasim Paschas ausgebrochen sind, die bereits zahlreiche Tote an Offizieren und Mannschaften gefordert haben, lassen Kriegsbereitschaft und Zustand der türkischen Truppen viel zu wünschen übrig. Die Tschataldschabefestigungen sind zwar während der achtwöchigen Waffenruhe verstärkt und ausreichend mit tüchtigen Geschützen besetzt worden; was nicht es aber den Türken, den feindlichen Angriffen vor diesen Befestigungen standzuhalten, wenn sie nicht die Offensive zu ergreifen vermögen! Dazu sind sie aber durchaus unfähig. Die schlimmen Wirkungen der vielen Niederlagen auf die moralische Verfassung der Truppen sind noch nicht beboben, außerdem hat die Verpflegung bis in die jüngste Zeit hinein soviel zu wünschen übrig gelassen, daß die Leute den Strapazen eines Angriffskrieges nicht gewachsen sind. Ist somit eine den Türken glückliche Wendung des Krieges so gut wie ausgeschlossen, so ist die Gefahr, vernichtende Niederlagen zu erleiden, für sie um so größer.

Außer der Tschataldschalnie werden die Bulgaren und die mit ihnen verbündeten Serben die Halbinsel Gallipoli angreifen, welche die Straße der Dardanellen schützt und nur schwach besetzt ist. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Angriffe auf diese Halbinsel den neuen Kriegabschnitt eröffnen würden. Sind die Küstenbefestigungen, Gallipolis von den vereinigten bulgarisch-serbisch-griechischen Streitkräften aber erst einmal genommen, dann ist auch die Einfahrt in die Dardanellenstraße für die griechischen Kriegsschiffe freigelegt und die Hauptstadt Konstantinopel gleichzeitigen Angriffen von der Land- und der Seeseite ausgesetzt.

Bei Gallipoli haben die Bulgaren einstweilen nur etwa drei Divisionen; können diese für den Angriff zu schwache Streitkräfte müßlos durch die Heranziehung serbischer und griechischer Truppen aus Mazedonien, sodann aber auch durch Teile ihrer eigenen Tschataldschaarmee verstärken. Auf der Eisenbahn Dimakla-Debeagatsch, die wieder betriebsfähig gemacht wurde und den Bulgaren zur Verfügung steht, können diese binnen kürzester Zeit Truppenteile nach Gallipoli werfen. Vor Tschataldscha stehen 8 bulgarische Divisionen mit 130 Bataillonen und 500 Geschützen. Die dritte Gruppe der bulgarischen Streitkräfte in Stärke von 3 Divisionen mit 80 Bataillonen, 25 Batterien und 7 Schwadronen belagert

Adrianopel, das sich gegen alle Erwartung bis auf den heutigen Tag behauptet hat.

## Kündigung des Waffenstillstandes durch die Verbündeten.

Wie dem Reuterschen Bureau gemeldet wird, haben die Verbündeten den Waffenstillstand von gestern abend 7 Uhr ab gekündigt. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ist für nächsten Montag zu erwarten.

## Warum der Waffenstillstand gekündigt wurde.

Eine Wiener Mittagszeitung erzählt über die Gründe der Kündigung des Waffenstillstandes aus Sofia folgendes: Die enorm anwachsenden Heereserhaltungskosten, die Zuspitzung des Verhältnisses mit Rumänien und die steigende Ungebuld der Bevölkerung veranlaßten die Regierung, nicht länger zu zögern. Der zweite Krieg werde ungleich länger dauern und Adrianopel im Sturm fallen. Die Mission des Finanzministers Theodorow hatte bezüglich der Haltung Rußlands für den Fall des Wiederbeginns des Krieges günstige Ergebnisse. Die Hilfe Rußlands werde sich zunächst darin kundgeben, daß Rußland kein Veto gegen den Einmarsch in Konstantinopel erheben werde. Auch die finanzielle Grundlage für die neue Kampagne sei geordnet.

## Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 30. Januar.

Der Bundesratssitz ist leer, das Haus sehr stark besetzt. Zunächst erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag gegen den Reichskanzler. Der an die Besprechung der Poleninterpellation wegen des Enteignungsgesetzes geknüpfte Antrag lautet: Die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der preussischen An siedelungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags. An der Abstimmung beteiligten sich 353 Abgeordnete. Davon stimmten 213, und zwar die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokraten, für den Tadelantrag. Mit nein stimmten 97 Abgeordnete, die Konfessionellen, Wirtschaftliche Vereinigung und die Nationalliberalen. 43 Abgeordnete der fortschrittlichen Volkspartei enthielten sich der Abstimmung. Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über das Provisorium der Fleisch-einfuhr. Der von der Kommission unverändert gelassene Entwurf ermächtigt den Bundesrat, die unter dem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung des Reichstags eingeführte Zollverleigerung bei der Fleisch-einfuhr mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab den Gemeinden, die die Bedingungen erfüllen, noch bis zum 31. März 1914 weiter zu gewähren.

Die fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Ermächtigung in der Form des Entwurfs nur bis zum 1. April 1913 zu geben, und den Bundesrat von diesem Termin an zu ermächtigen, allgemein die Zölle für Schlachtvieh und Fleisch sowie für Jungvieh, Magervieh und Zuchtvieh ganz oder teilweise und ebenso von diesem Termin ab auch die Futterzölle unter Sehung zu setzen.

Die Sozialdemokraten fordern darüber hinaus noch, allen Gemeinden, Konsumgenossenschaften und andern gemeinnützigen Unternehmungen das Recht der Fleisch-einfuhr zu gewähren und die vom Entwurf gebotenen Vergünstigungen vom 1. März 1913 ab auf die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande auszudehnen. Eine weitere sozialdemokratische Resolution fordert unter Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes die sofortige Einfuhr von frischem und getrocknetem Fleisch aller Art ohne anhängende innere Organe aus dem Auslande. Die Volkspartei stimmt dieser Forderung mit der Bedingung zu, wenn die Unternehmung im Auslande durch deutsche beamtete Tierärzte erfolgen kann. Schließlich fordern die Sozialdemokraten die Einfuhr lebenden Rindviehs und Schweins aus Holland, Dänemark, Schweden, Frankreich,

Oesterreich, Rußland, Kanada und Argentinien nach Schlachthöfen mit Bahnanschluß und unter der Bedingung, daß das eingeführte Vieh innerhalb vier Tagen nach seinem Eintreffen geschlachtet wird.

Die Konserbatoren beantragten namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes.

Abg. Simon (Soz.): Die Vorlage ist ganz unzureichend. Man will nur die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hochhalten. Für Deutschland kann der Bedarf nicht im Inland gedeckt werden; der Viehbestand geht sogar zurück. Die Regierung betreibt die Geschäfte der Zollvouchermehreit. (Medner wird wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung gerufen.)

Abg. Herold (Str.): Wir halten grundsätzlich an unserm Wirtschaftssystem fest. Wir wollen keine Veränderung des Zollsystems während der Handelsverträge. Auch nachher werden wir im allgemeinen an den gleichen Grundsätzen festhalten. Wir stimmen aber für den vorliegenden Gesetzentwurf, weil er eine Ausnahmemassregel gegen einen Notstand ist. Die Anträge der Linken, die wohl nur Klammernzwecken dienen sollen, lehnen wir ab.

Abg. Böttger (natl.): Der Verleugnung der fraglichen Bestimmungen, die bei weiterem Bestehen unsere ganze Wirtschaftsordnung durchlöchern würden, können wir nicht zustimmen. Darum lehnen wir die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge ab. Für die Herabsetzung der Futtermittelzölle, die wir an sich begründen, ist der gegenwärtige Augenblick ungeeignet. Im Interesse einer geordneten Bauernpolitik verlangen wir weitere Aufteilung der Domänen. Deutschland vom Auslande unabhängig zu machen, ist unser Hauptziel.

Abg. Arnstadt (konf.): Eine Fleischnot gibt es nicht, (Widerspruch links) nur eine Fleischteuerung. Wir sind auch zur Abhilfe bereit. Die Regierungsmaßnahmen würden die Seucheneinschleppung begünstigen. Die Herabsetzung der Fleischpreise hätte sich auch durch bessere Organisation des Inlandsmarktes erreichen lassen.

Abg. Fischbed (fortsch. Vp.) betonte, daß eine Fleischnot bestände, da die Preise eine unerschwingliche Höhe erreicht hätten. Der Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle wies den richtigen Weg.

Unterstaatssekretär Richter hob den zugehenden, vorher nie dagewesenen Aufschwung in Industrie, Handel und Gewerbe während der letzten Jahre hervor. Der nationale Wohlstand hätte sich gebessert. Die Regierungsmaßnahmen hätten den Zweck der Preisermäßigung erreicht. Gerores Fleisch könne von jetzt ab aus dem Auslande eingeführt werden. Die Verjorgung des deutschen Marktes sei gesichert. Freitag 1 Uhr: Fortsetzung.

## Tagesgeschichte.

Die Leipziger Königstage

erreichen am heutigen Freitag mit der Abreise des Königs Friedrich August nach Altenburg zum Besuch des dortigen Hofes ihr Ende. Wie alljährlich hat der König auch diesmal wieder in Leipzig eine Anzahl Fabriken, Banken, Buchdruckereien, Brauereien usw. besucht. Außerdem hörte er mehrere Vorlesungen in der Universität, besuchte Kliniken, ein Konzert und das Theater; sogar einer Vorstellung im Varieteemohnte er bei.

Sachsen und die Reichsvermögenszunachsteuer. Ein Berliner Blatt wußte aus Dresden zu berichten, daß in Sachen der Besitzsteuer zwischen der Reichsregierung und Sachsen erneute Verhandlungen schweben, deren Ziel es sei, die sächsische Regierung einer Vermögenszunachsteuer im Sinne des Reichskanzlers geneigt zu machen. An zuständiger Stelle in Dresden ist von derartigen Verhandlungen zwischen dem Reiche und der sächsischen Regierung nichts bekannt.

Das Wiktorenvotum gegen den Kanzler. Zum ersten Male hat der Deutsche Reichstag bei der Erörterung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer von seiner neuen Geschäftsordnungs-